

Kenan Kolat

President of the Turkish Community in Germany

Bundvorsitzender der Tuerkischen Gemeinde in Deutschland

[www.tgd.de](http://www.tgd.de)

## WORKING SESSION 14: TOLERANCE AND NON-DISCRIMINATION II

Das Thema Islamophobie ist in den letzten Jahren nach und nach zu einem wichtigen Thema aufgestiegen. Die vom Bundesinnenminister initiierte Deutsche Islamkonferenz beschäftigt sich auch mit dieser Thematik, nachdem die muslimischen Verbände darauf gedrängt haben, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

In einer Gruppe der Deutschen Islamkonferenz geht es um die sogenannte Muslimfeindlichkeit, da wir das Wort Islamophobie bei uns in Deutschland vermeiden.

Immerhin wird es eine zweitägige Tagung im Dezember zu dieser Thematik stattfinden, auf der ich auch an einer Podiumsdiskussion teilnehmen werde.

Es gibt eine Debatte in Deutschland, wonach antisemitische und islamophobe Einstellungen ähnliche Strukturen aufweisen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die OSZE sich dieses Thema annimmt und eine große Tagung organisieren sollte. Dies wäre sicherlich ein gemeinsames Zeichen gegen Islamophobie in der Welt.

In Deutschland werden bei allen Hassdelikten oder Übergriffen die Hintergründe statistisch erfasst. Im Bereich der Islamfeindlichkeit findet dies jedoch nicht statt, so dass wir nicht genau die Zahl der Straftaten wissen können.

Der Bundesinnenminister hat vor kurzem eine Kampagne zur Deradikalisierung von Muslimen angefangen. Wir finden es richtig,

sich mit diesem Problem zu beschäftigen, hierzu Präventions- und Repressionsmaßnahmen durchzuführen.

Die ausgewählte Form zur Bekanntmachung eines Beratungsangebots macht uns große Sorgen. Die Plakataktion des Bundesinnenministers schürt nur Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung in Deutschland. Auf den Plakaten werden Muslime mit Fotos gezeigt, die als vermisst gelten, also sich radikalisiert hätten. Unsere Kritik an der Kampagne kann auch dieses Mal nicht darauf reduziert werden, dass die muslimische Bevölkerung in Deutschland unter einen Generalverdacht des Radikalismus gestellt wird.

Diese Plakatkampagne ist ohne Wenn und Aber eine Stigmatisierungskampagne gegen alle Menschen muslimischer Herkunft. Denn ohne jede Differenzierung stigmatisiert sie nicht nur die religiösen Muslime, sondern alle Menschen muslimischer Herkunft, als ob diese Bevölkerungsgruppe grundsätzlich gegen Radikalismus geschützt werden muss. Familienmitglieder sollen sich vorsehend als Inspektoren gegen Radikalismus in den ehrenamtlichen Sicherheitsdienst einstellen.

Diese Kampagne lenkt von den eigentlichen Problemen in Deutschland ab. Der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft ist das Hauptproblem. Es stellt sich die Frage, ob der Bundesinnenminister mit seiner Strategie die Integrationspolitik als Sicherheitsfrage zu vermarkten und eine Stigmatisierungskampagne gegen Muslime in Deutschland zu führen versucht, die politische Tagesordnung verschieben und von den eigentlichen Problemen ablenken wolle.

Nach den heftigen Diskussionen hat der Bundesinnenminister die Plakataktion vorerst gestoppt. Jedoch hat man die Postkarten in Großstädten verteilt. Unter anderem in Köln auf der Keupstraße, auf der 2011 die Neo-Nazis einen Bombenanschlag auf Türken ausgeübt hatten. Soviel zu der Sensibilität deutscher Behörden.